BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag

17. Wahlperiode

24.08.10

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

Smiley-Kennzeichnungssystem für die Gastronomie einführen

Für Verbraucherinnen und Verbraucher sind ein höchstmögliches Maß an Transparenz und ein hoher Standard der Lebensmittelqualität und -hygiene sehr wichtig. Um die Einhaltung der geltenden Vorschriften zu verbessern und damit die Sicherheit für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu erhöhen, müssen zusätzliche Anreize geschaffen werden.

So hat sich in Dänemark ein Kennzeichnungssystem mit Gesichtern, die den hygienischen Zustand in der Gastronomie widerspiegeln, seit Jahren bewährt. Ein entsprechendes verpflichtendes System gibt es in Deutschland nicht, obwohl über 90 % der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger dies für das Gaststättengewerbe befürworten.

Berlin-Pankow führt seit Mai 2009 einen Modellversuch mit freiwilliger Positivkennzeichnung und Veröffentlichung einer Negativliste der bei der amtlichen Betriebskontrolle beanstandeten Restaurants durch. Mit diesem Modellversuch wurden gute Erfahrungen gemacht: So hat sich u. a. die hohe Zahl von zu beanstandenden Restaurants deutlich verringert. Ein entsprechendes Projekt sollte auch in Bremen zeitnah umgesetzt werden, auch wenn eine bundesweit verpflichtende Kennzeichnung das eigentliche Ziel ist.

Um dem Recht der Verbraucherinnen und Verbraucher auf Information und Gesundheitsschutz hinreichend Rechnung zu tragen, sollte Bremen daher zweigleisig verfahren.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf

- ab dem 1. Januar 2011 die freiwillige Smiley-Positivkennzeichnung verbunden mit öffentlichen Negativlisten – in Anlehnung an das Modellprojekt "Berlin-Pankow" – für das Bremer Gastronomiegewerbe einzuführen,
- 2. sich auf Bundesebene für die Einführung eines verpflichtenden Smiley-Systems für das Gastronomie- und Lebensmittelgewerbe einzusetzen.

Dr. Karin Mathes,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis

Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Manfred Oppermann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD